



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

---

7.1.2010

## **MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER**

Betrifft: Anhörung von Cecilia MALMSTRÖM, designiertes Mitglied der Kommission für Inneres

Beiliegend erhalten Sie die von Cecilia Malmström übermittelten schriftlichen Antworten.

Das Sekretariat

CM\800796DE.doc

PE431.138v02-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

**ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN DES EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS AN DAS DESIGNIERTE  
KOMMISSIONSMITGLIED  
Cecilia MALMSTRÖM  
(Innere Angelegenheiten)**

**Allgemeine Kompetenz, europäisches Engagement und persönliche Unabhängigkeit**

- 1. Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und Erfahrungen sind besonders wichtig für die Übernahme des Amtes eines Kommissionsmitglieds und die Förderung des allgemeinen europäischen Interesses, insbesondere in dem Bereich, für den Sie verantwortlich sein würden? Welches sind Ihre Beweggründe? Welche Garantien können Sie dem Europäischen Parlament für Ihre Unabhängigkeit geben, und wie würden Sie sicherstellen, dass alle von Ihnen in der Vergangenheit, in der Gegenwart oder in der Zukunft ausgeübten Tätigkeiten keinen Zweifel an der Wahrnehmung Ihrer Pflichten innerhalb der Kommission wecken könnten?**

Ich bin in Frankreich aufgewachsen und hatte schon als Kind Gelegenheit, Freundschaften mit Kindern aus allen Teilen Europas zu schließen. Mir wurde schon recht früh bewusst, dass viele meiner Schulfreunde mit einer anderen Vergangenheit aufwuchsen als ich: Ihre Großväter und Großonkel liegen unter weißen Kreuzen auf Soldatenfriedhöfen begraben, die ich mit meinen Eltern in der Normandie und im Elsass besucht habe. In jenen Jahren, denke ich, wurde mir klar, dass die jüngere Geschichte nicht in allen europäischen Ländern so glücklich verlaufen ist wie in Schweden. Ende der 80er Jahre habe ich einige Jahre in Katalonien verbracht, die mir die Schrecken des Franco-Regimes und die Bedeutung des spanischen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft vor Augen geführt haben. All dies hat zu meinem entschlossenen Engagement für die europäische Integration beigetragen, und deshalb habe ich mich auch 1994 bei der Volksabstimmung in Schweden nachdrücklich für das Ja zum EU-Beitritt eingesetzt.

Meine Arbeit war in den letzten 20 Jahren der Europapolitik gewidmet. Ich habe an der Universität Göteborg im Bereich Europapolitik geforscht und gelehrt. Meine Doktorarbeit habe ich in Politikwissenschaften über Aspekte der Europapolitik geschrieben. Anschließend war ich sieben Jahre lang Mitglied des Europäischen Parlaments (EP) und drei Jahre Ministerin für europäische Angelegenheiten in Schweden.

Als Ministerin war ich hauptsächlich mit der Vorbereitung und Koordinierung der schwedischen EU-Präsidentschaft betraut. Zu meinem Ressort gehörten allerdings auch andere Querschnittsbereiche. Ich habe den Dialog mit den Bürgern, der Zivilgesellschaft und

Kommunalvertretern zur Priorität erklärt, um so zur Diskussion über europäische Themen anzuregen und den schwedischen Bürgern die Europäische Union näher zu bringen. Meine Erfahrungen im Europäischen Parlament und in der schwedischen Regierung haben mir einen tiefen Einblick in europäische Empfindlichkeiten verschafft.

Ich bin fest davon überzeugt, dass nur ein starkes Europa den Erwartungen unserer Bürger gerecht werden kann. Nur ein starkes Europa kann die gemeinsamen Herausforderungen meistern und eine tragfähige gemeinsame Zukunft schaffen. Die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, Migration und Asyl sind Realitäten, die umfassendere gemeinsame Strategien in Europa erfordern. Diese Strategien auf den Weg zu bringen, ist eine echte – und wahrlich nicht einfache – Herausforderung. Das Stockholmer Programm ist ein guter Anfang. Es ist mir eine Ehre, in diesem Bereich in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten zu konkreten Ergebnissen beitragen zu können. Die Annahme des Stockholmer Programms gehörte zu den obersten Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes, so dass ich mit den Fragen, um die es in der europäischen Innenpolitik geht, wohl vertraut bin.

Das Thema Migration gehört schon seit vielen Jahren zu meiner politischen Agenda. Als Kommunalpolitikerin war ich in den 90er Jahren sieben Jahre lang für die Einwanderungs- und Integrationsbehörde in Göteborg, einer Stadt mit 154 Nationalitäten, tätig. Schweden gehört zu den Ländern in Europa, die im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Einwanderer aufnehmen. Ich habe auf diesem Gebiet geforscht und ein Buch geschrieben, in dem ich die schwedische Migrationspolitik aus außenpolitischer Sicht beleuchtet habe.

In meiner Zeit als Ministerin wurde mein finanzieller und organisatorischer Hintergrund sorgfältig geprüft. Ich bin mir der Anforderungen, die an ein Mitglied der Kommission gestellt werden, voll bewusst und habe die Interessenerklärung ausgefüllt. Ich kenne und akzeptiere uneingeschränkt die im EU-Vertrag verankerten Pflichten in Bezug auf ethische Normen, Unabhängigkeit und Integrität und bin entschlossen, diese Pflichten voll und ganz zu erfüllen. Ich werde alles daran setzen, Standpunkte oder Situationen zu vermeiden, die meine Integrität oder Unabhängigkeit als Mitglied der Kommission in Frage stellen könnten. Ich werde den Pflichten im Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder während meiner Amtszeit in vollem Umfang nachkommen.

## **Verwaltung des Geschäftsbereichs und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und seinen Ausschüssen**

### **2. Wie würden Sie Ihre Rolle als Mitglied des Kollegiums der Kommissionsmitglieder bewerten? Inwieweit würden Sie sich als Mitglied der Kommission für Ihr Handeln und für die Arbeit Ihrer Dienststellen gegenüber dem Parlament verantwortlich und rechenschaftspflichtig fühlen?**

Als Kommissarin für Inneres trage ich unbeschadet des Kollegialitätsprinzips die volle Verantwortung für meine Arbeit, meine Vorschläge und Initiativen. Ich werde mich voll auf mein eigenes Ressort konzentrieren, halte es aber gleichzeitig für notwendig, die Arbeit der übrigen Kommissionsmitglieder genau zu verfolgen.

Ich werde eng mit dem für Justiz, Grund- und Bürgerrechte zuständigen Kommissionsmitglied und unserer Generaldirektion zusammenarbeiten, um eine harmonische

Zusammenarbeit zu gewährleisten, da unsere Ressorts miteinander verknüpft sind und voneinander abhängen, was auch so sein muss. Der Schutz der Grundrechte muss im Mittelpunkt des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts stehen. Ich sehe meine Aufgabe weitgehend darin, für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Freiheit und Integrität des Einzelnen und einem sicheren Europa für unsere Bürger und alle, die hier leben, zu sorgen.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon unterliegen die Bereiche, für die ich zuständig bin, dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, so dass das Europäische Parlament jetzt eine größere Rolle spielen wird. Dies ist eine positive Entwicklung, durch die die europäische Innenpolitik in ihrer Legitimität gestärkt und der vollen demokratischen Kontrolle unterstellt wird. Ich freue mich auf eine regelmäßige, fruchtbare und konstruktive Zusammenarbeit nicht nur mit dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), sondern auch mit dem Europäischen Parlament allgemein. Mir ist klar, dass hierzu meine Anwesenheit sowohl im Ausschuss als auch im Plenum erforderlich ist.

Dank meiner sieben Jahre als EP-Abgeordnete verfüge ich über ein breites Netz an Kontakten im Parlament und kenne mich gut mit der Arbeit im Parlament aus. Auch mit den Anliegen und mit der Denkweise des Parlaments bin ich vertraut. Ich freue mich darauf, zusammen mit dem LIBE-Ausschuss den Lissabon-Vertrag auf den Bereich innere Angelegenheiten anwenden zu können.

Als Kommissionsmitglied und Führungsperson werde ich mich um eine vertrauensvolle, transparente Zusammenarbeit zwischen meinem Kabinett und der Generaldirektion sowie mit anderen Kollegen und ihren GDs und Mitarbeitern bemühen.

**3. Zu welchen spezifischen Zusagen sind Sie im Hinblick auf eine verstärkte Transparenz, eine intensivere Zusammenarbeit sowie eine effektive Weiterbehandlung der Standpunkte und Forderungen des Parlaments nach legislativen Initiativen bereit, auch vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon? Sind Sie im Zusammenhang mit geplanten Initiativen oder laufenden Verfahren bereit, dem Parlament gleichberechtigt mit dem Rat Informationen und Dokumente zur Verfügung zu stellen?**

Als EP-Abgeordnete und Berichterstatterin für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten war ich maßgebend an der Verordnung 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU-Organe beteiligt. Transparenz, Verwaltungsreform und verantwortungsbewusstes Handeln sind Werte und Themen, für die ich während meiner gesamten politischen Laufbahn eingetreten bin. Ich bin davon überzeugt, dass Transparenz zu größerer Leistungsfähigkeit und mehr Verantwortlichkeit beiträgt.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen in ihrer Eigenschaft als Mitgesetzgeber selbstverständlich gleichberechtigten Zugang zu allen relevanten Informationen und Dokumenten erhalten, die Legislativvorhaben und laufende Verfahren betreffen. Die Rahmenvereinbarung bietet eine gute Grundlage für Transparenz und Information im Verhältnis zwischen der Kommission und dem Europäischen Parlament. Ich verpflichte mich, dieser Vereinbarung uneingeschränkt nachzukommen.

Die letzten Europawahlen haben erneut gezeigt, dass die EU-Bürger dringend in das

politische Geschehen in Europa eingebunden werden müssen. Der Vertrag von Lissabon bringt zwar einige Verbesserungen, aber er kann das Problem der fehlenden Legitimität, mit dem wir immer noch konfrontiert sind, nicht lösen.

Als EP-Abgeordnete und als Ministerin habe ich mich aktiv für den Dialog mit der Öffentlichkeit, insbesondere mit Studenten und Nichtregierungsorganisationen, eingesetzt. Indem wir eine Diskussion über Fragen anstoßen, die die Bürger angehen, indem wir zeigen, was die Verantwortlichen in Brüssel tun, indem wir deutlich machen, wie sich die EU-Agenda direkt auf den Alltag unserer Bürger auswirkt, können wir Europa endlich in die innenpolitische Debatte der Mitgliedstaaten einbringen.

Dies ist meiner Meinung nach der einzige Weg, wie die Legitimität der EU gestärkt werden kann.

In meiner neuen Eigenschaft als Mitglied der Kommission werde ich den Dialog mit der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft in ganz Europa fortführen. Ich werde mich auch weiterhin für mehr Transparenz, bessere Vorschriften und einfachere und „benutzerfreundlichere“ EU-Vorschläge und -Beschlüsse einsetzen.

## **Ressortspezifische Fragen**

### **4. Welches sind die drei wichtigsten Prioritäten, die Sie im Rahmen des für Sie vorgeschlagenen Geschäftsbereichs unter Berücksichtigung – soweit relevant – der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krise und der Besorgnis um eine nachhaltige Entwicklung verfolgen wollen?**

Das vom Europäischen Rat angenommene Stockholmer Programm enthält unbeschadet des Initiativrechts der Kommission klare Vorgaben für die nächsten fünf Jahre. Es ist jetzt an der Kommission, Vorschläge zu unterbreiten.

Das Stockholmer Programm ist ein wichtiges Papier, an dem sich die Arbeit der Kommission wie der anderen Organe im Bereich Justiz und Inneres orientieren wird. Die Kommission beabsichtigt, Anfang 2010 einen Kommunikations- und Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen und Initiativen zur Umsetzung des Programms vorzulegen. Das für Justiz, Grund- und Bürgerrechte zuständige Kommissionsmitglied und ich werden den Standpunkt berücksichtigen, den das Parlament in seiner Entschließung vom 25. November 2009 vertreten hat.

Hiervon ausgehend habe ich mir folgende Prioritäten gesetzt:

- Einführung eines gemeinsamen Asylsystems und einer gemeinsamen Migrationspolitik im Einklang mit dem Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl: Ich beabsichtige die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Strategie, die auf eine abgestimmte Betreuung der Migranten in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Drittländern ausgerichtet ist. Wir müssen ein einheitliches Asylsystem einführen, das auf Solidarität, Berechenbarkeit und gemeinsamer Verantwortung im Einklang mit internationalen Übereinkünften und unter uneingeschränkter Achtung des Rechts auf Asyl gestützt ist. In Europa muss ein Raum geschaffen werden, der einen einheitlichen Schutz bietet. Wir brauchen darüber hinaus

einen effizienten Umgang mit der illegalen Einwanderung sowie eine effizientere und humanere Rückkehrpolitik.

- Ein System für die legale Migration kann erst eingeführt werden, wenn der strategische Plan zur legalen Zuwanderung umgesetzt ist. Die Zuwanderung von Arbeitskräften kann zu größerer Wettbewerbsfähigkeit und zur Steigerung der Wirtschaftskraft beitragen. Ich möchte in Absprache mit dem für das Ressort Beschäftigung, Soziales und Integration zuständigen Kommissionsmitglied eine gemeinsame, aber dennoch flexible Aufnahmeregelung schaffen, die dem unterschiedlichen Bedarf der Mitgliedstaaten an Fertigkeiten und Kompetenzen Rechnung trägt und die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um die Integration legaler Migranten unterstützt.
- Entwicklung einer Strategie für die innere Sicherheit, die die Europäische Union sicherer macht und zum Schutz unserer Bürger beiträgt: Diese Strategie wird sich auf die Achtung der Grundrechte und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten stützen. Sie wird auf eine engere und effizientere Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden sowie auf ein kohärenteres Grenzmanagement abstellen. Diese Elemente sind ausschlaggebend, wenn die Europäische Union einen Mehrwert für die Bekämpfung des grenzübergreifenden organisierten Verbrechens wie Terrorismus, Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung von Kindern, Kinderpornografie, Korruption, Computerkriminalität und Drogen bieten soll. Der Informationsaustausch, der hier eine Schlüsselrolle spielt, muss unter Beachtung des höchstmöglichen Datenschutzniveaus verbessert werden.

**5. Welches sind die spezifischen legislativen und nichtlegislativen Initiativen, die Sie voranbringen wollen, und welchen Zeitplan sehen Sie dafür vor? Welche spezifischen Zusagen können Sie insbesondere im Hinblick auf die Prioritäten und Forderungen der Ausschüsse geben, die als Anlage beigefügt sind und die in Ihren Geschäftsbereich fallen würden? Wie würden Sie persönlich die gute Qualität von Legislativvorschlägen gewährleisten?**

Gemeinsam mit dem für Justiz, Grund- und Bürgerrechte zuständigen Kommissionsmitglied werde ich in Kürze den Aktionsplan für das vom Europäischen Rat im Dezember 2009 angenommene Stockholmer Programm vorstellen. Dieser Aktionsplan gibt einen umfassenden Überblick über alle im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht geplanten Maßnahmen.

Unter meiner Verantwortung wird eine Vielzahl neuer politischer Konzepte entwickelt werden. Diese müssen durch fundierte Legislativvorschläge und nichtlegislative Initiativen konkretisiert werden. Um hier ordentliche Arbeit leisten zu können, muss erst das gesichtet werden, was schon da ist. Ich möchte mir die Agenturen, die meiner Verantwortung unterstehen, genauer ansehen, um feststellen zu können, wie sie arbeiten und ob es Möglichkeiten gibt, wie sie effizienter und enger zusammenarbeiten können. Bevor neue Regelungen oder Vorschläge unterbreitet werden, sollte eine eingehende Folgenabschätzung durchgeführt werden.

So beabsichtige ich beispielsweise, die geltenden Anti-Terror-Vorschriften unter dem Aspekt der Effizienz und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.

Auch möchte ich Frontex, Europol und Cefpol stärken, um die in Frage 4 genannten Hauptziele erreichen zu können. Ich bin davon überzeugt, dass sie effizienter und stärker aufeinander abgestimmt arbeiten können. In wenigen Monaten werde ich Vorschläge für die künftigen Aufgaben von Frontex unterbreiten.

Zusammen mit den betroffenen Mitgliedstaaten möchte ich auch den Schengen-Raum erweitern. Parallel dazu möchte ich die Grenzkontrollen für Drittstaatsangehörige, die in den Schengen-Raum einreisen, erleichtern und ich möchte auch elektronisch erfassen lassen, wer aus dem Schengen-Raum ausreist. Ich beabsichtige die Vorlage eines Vorschlags für ein Einreise-/Ausreisesystem sowie für ein Registrierungsprogramm für Reisende.

Das Interesse des Parlaments an Visaerleichterungen für die Länder des Westlichen Balkans ist mir wohl bekannt. Ich habe die Absicht, eng mit Albanien und Bosnien-Herzegowina zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, die Kriterien zu erfüllen, damit auch sie sich auf eine Visaliberalisierung in nicht allzu ferner Zukunft zubewegen können.

Dank der europäischen Strategie für die innere Sicherheit werden wir effizienter gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus vorgehen können. Ich plane auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon neue Vorschläge zur Bekämpfung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Kindern.

2010 werde ich Vorschläge zur legalen Migration vorlegen. In diesem Bereich müssen wir die bestehenden Vorschriften konsolidieren und besser aufeinander abstimmen. Wir müssen auch die Vorschriften zur Familienzusammenführung überprüfen. Die Diskussion darüber soll 2010 auf der Grundlage eines Grünbuchs anlaufen.

Als Gegenstück zu einer gemeinsamen Politik im Bereich der legalen Migration brauchen wir eine wirksame Abschiebe- und Rückführungspolitik zur Kontrolle der illegalen Migration. Unsere besondere Aufmerksamkeit muss unbegleiteten Minderjährigen gelten. Ich beabsichtige, so bald wie möglich einen Aktionsplan vorzulegen.

Zu guter Letzt werden wir ein einziges EU-Asylverfahren und einen einheitlichen internationalen Schutzstatus einführen. Europa wird hier seinen gemeinsamen Werten Ausdruck verleihen. Mir ist in erster Linie daran gelegen, dass die anstehenden Vorschläge für das Gemeinsame Europäische Asylsystem und dessen Einführung von den Mitgesetzgebern zügig angenommen werden. Solidarität und Lastenteilung ist hier das Leitmotiv.